K5 Kapitel V Alle machen mit: Demokratie, Jugend und Beteiligung

Antragsteller*in: Stadtversammlung

Text

5.1 Kein Platz für Menschenfeindlichkeit

Wir Grüne stehen zum Antifaschismus und stellen uns gegen jede Menschenfeindlichkeit. Gerade in Zeiten, in denen es einen starken Anstieg an Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, an Rechtspopulismus und Europafeindlichkeit in unserer Gesellschaft gibt, werden wir weiter entschieden und mit klaren Inhalten, Programmen und Maßnahmen dagegenhalten.

Projekte:

Infopolitik über Demonstrationen fortführen

Die bisherige Praxis der Information über menschenfeindliche und ultrarechte Kundgebungen werden wir aktiv weiterführen. Es sollen weiterhin alle öffentlichen Versammlungen veröffentlicht werden, um auch der Zivilgesellschaft Gegenproteste zu ermöglichen.

Fachstelle für Demokratie

Die vorhandene Stabsstelle zur Erinnerungs- und Gedenkkultur und die Koordinierungs- und Fachstelle des Programms „Demokratie leben“ werden wir mit weiteren zuständigen Stellen zu einer Fachstelle für Demokratie ausbauen. Vorbild ist die Stadt München, die in ihrer Fachstelle Verwaltungshandeln, die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements und die wissenschaftliche Begleitung des Themas bündelt.

Ausbau der Partnerschaft für Demokratie

Die bestehende Zusammenarbeit mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wollen wir ausbauen und intensivieren. Unser Ziel ist, dass noch mehr Regensburger Initiativen Mittel aus dem Bundesprogramm beantragen und im Laufe der kommenden Legislaturperiode viele neue Initiativen durch Fördermittel des Programms ins Leben gerufen werden können.

5.2 Politische Bildung und Jugendarbeit

Damit junge Menschen ihr Wahlrecht informiert ausüben können, wollen wir sie umfassend vorbereiten. Demokratie erhält sich nicht von selbst. Wir müssen sie täglich verteidigen, erhalten und stetig erneuern und das fängt unter anderem an den Schulen an. Wir wollen, dass die Kinder dort lernen, wie Demokratie funktioniert, verstehen, was sie ausmacht, und erfahren, wie sie sich anfühlt. Vor allem in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung muss die politische Bildung gestärkt werden. Wir wollen nicht nur mündige Wähler*innen, sondern aktive Mitglieder unserer Gesellschaft fördern.

Dies soll unter anderem mit einer Stärkung des Stadtjugendrings durch mehr Gelder sowie durch den Ausbau von Jugendzentren erfolgen. Grundsätzlich braucht

es in allen Stadtteilen Räume und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche. Wir möchten an die antirassistische und gendersensible Jugendarbeit in städtischen Einrichtungen anknüpfen und bestehende Ansätze und Projekte weiter fördern. In Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle und weiteren geeigneten Stellen der Stadt wollen wir hieraus ein weitergehendes Konzept entwickeln.

Als wichtigen Fokus für die Jugendarbeit erachten wir die Aufklärung über psychische Erkrankungen. Immer mehr junge Menschen leiden unter Depressionen oder Burnout. Psychische Erkrankungen dürfen nicht länger mit Stigmata belastet sein, wenn wir wollen, dass Menschen sich Hilfe suchen. Im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit wollen wir daher in der kommenden Legislaturperiode hier einen besonderen Schwerpunkt setzen. Weitere mit Stigmata behaftete Krankheiten wie beispielsweise AIDS gilt es ebenfalls zu thematisieren und durch Aufklärung mit Vorurteilen aufzuräumen.

Projekte:

Angebote des Rathauses für die Schulen ausbauen

Die bisher bestehenden Kooperationen der Stadt mit den Schulen, die Besuche der dritten und vierten Klassen im Rathaus vorsehen, werden wir ausbauen. Wir wollen den Schulen zudem als Stadt ein Planspiel zur Kommunalpolitik anbieten, das 14- bis 16-jährigen Schüler*innen die Kommunalpolitik näher bringen soll.

Jugendbeirat stärken

Wir werden den Jugendbeirat unterstützen und stärken. Bisher handelt es sich lediglich um ein beratendes Gremium. Wir wollen ihn mit mehr Mitbestimmungsrechten ausstatten. Beschlüsse des Jugendbeirates sollten obligatorisch vom Stadtrat behandelt werden müssen und Mitglieder des Beirats sollen dazu Rederecht in den Sitzungen erhalten.

Jugendzentren ausbauen

In allen Stadtteilen muss es genügend Jugendzentren geben. Aufgrund der Erschließung neuer Wohngebiete und des Zuzugs nach Regensburg werden zusätzliche benötigt. Auf Basis einer entsprechenden Bedarfsprüfung werden wir die Anlaufpunkte für junge Menschen im Stadtgebiet weiter ausbauen.

5.3 Beteiligung

Wir Grünen wollen mehr Beteiligung bei großen Projekten! In einer Stadt wie Regensburg muss die Bürger*innenbeteiligung ausgebaut und weiterentwickelt werden. In Zukunft soll es mehr Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen. Auch digitale Tools wollen wir dafür nutzen. Bezüglich der kontroversen Diskussion in der Stadtgesellschaft zum Bau eines Regensburger Kongress- und Kulturzentrums wollen wir anstatt einer weiteren Standortdiskussion eine aktive Bürger*innenbeteiligung fortführen. Nach dem erfolgreichen Bürger*innenbegehren werden wir uns gegen weitere Planungen für ein RKK auf dem Keplerareal einsetzen. Das Keplerareal bietet vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten, an deren Ausarbeitung alle Bürger*innen beteiligt werden müssen.

Eine aktive Beteiligung kann und muss auch durch mehr Präsenz von Kommunalpolitiker*innen in allen Stadtteilen erreicht werden – und das nicht nur im Wahlkampf. Sie sollten regelmäßig präsent sein, um so die Anliegen der Bürger*innen direkt vor Ort mitzubekommen und die Stadtteile mit ihren Anliegen und Ideen im Stadtrat zu vertreten.

Projekte:

Amt für Beteiligung

Bisherige Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung zum Thema Bürger*innenbeteiligung wollen wir durch ein Amt für Beteiligung bündeln. Nach dem Vorbild der Stadt Barcelona sollten sämtliche Beteiligungsverfahren, online wie offline, von Expert*innen in diesem Amt in die Hand genommen werden.

Bürger*innenhaushalt
Neben einer aktiven Beteiligung werden wir auch die Möglichkeit schaffen, dass Bürger*innen sich zusammentun und eigene Projekte umsetzen. Dazu wollen wir einen eigenen Posten im Stadtetat als Bürger*innenhaushalt schaffen. In einem basisdemokratischen Beteiligungsprozess können engagierte Bürger*innen selbst darüber bestimmen, in welche Projekte die Gelder dieses Etats fließen sollen.

Stadtbezirke in den demokratischen Prozess einbinden

Wir wollen, dass alle Stadtteile in der Stadtpolitik Gehör finden. Auch spezifische Probleme innerhalb einzelner Stadtteile sollen im demokratischen Prozess kanalisiert werden. Dazu wollen wir die Einführung von Bezirksausschüssen, die die Bayerische Gemeindeordnung für Großstädte über 100.000 Einwohner*innen erlaubt, erproben. In einem ersten Schritt sollen sie nach dem Ingolstädter Modell mit beratender Funktion an städtischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Sofern sich die Bezirksausschüsse in der politischen Praxis bewähren, wollen wir überprüfen, ihnen nach Münchner Vorbild auch Entscheidungskompetenzen zukommen zu lassen.

Migrationsbeirat stärken
Migrant*innen dürfen nicht länger bei Wahlen übersehen werden und brauchen ein politisches Sprachrohr. Der Migrationsbeirat war hierfür ein erster wichtiger Schritt, jedoch muss dieser Weg konsequent weiter gegangen werden und dafür der Migrationsberat mit mehr Kompetenzen und Mitbestimmungsrechten ausgestattet werden.

5.4 Verwaltung transparent und digital

Digitalisierung ist die Zukunft und hat bereits begonnen. Wir gehen die Digitalisierung als zentrale Querschnittsaufgabe an. Mit einer digitalen Verwaltung, mit Online-Informationsbereichen (Open Data) und bürger*innen- und unternehmensfreundlicher, transparenter digitaler Kommunikation mit Behörden werden wir die Standards für eine moderne Verwaltung und den Abbau von Bürokratie setzen.

Aus Transparenz- und Verantwortlichkeitsgründen sollen die Anzahl und auch die Kompetenz beschließender Ausschüsse in Unternehmen und Körperschaften mit städtischer Beteiligung reduziert werden. Nicht notwendige Gremien wie der

Kreditausschuss der Sparkasse sollen abgeschafft werden. Sie sind intransparent und reduzieren den Einfluss der öffentlichen Hand – die die Bürger*innen der Stadt Regensburg vertritt – auf Entscheidungen.

Projekte:

Behördengänge auch online ermöglichen

Wo das technisch möglich und sinnvoll ist, werden wir die Abwicklung von Verwaltungsvorgängen auf barrierefreie Weise online ermöglichen. In den Fällen, in denen kein persönliches Vorsprechen in der Behörde notwendig ist, spart das sowohl Bürger*innen, als auch der Verwaltung Zeit. Neue Behördenvorgänge sollen grundsätzlich nach dem Prinzip „digital by default“ erarbeitet werden. Dabei wird die digitale Abwicklung der Standard sein – natürlich wird der persönliche Kontakt oder das Vorsprechen in Behörden dennoch möglich sein. Bei der Einrichtung dieser Dienste haben Datenschutz und Datensicherheit oberste Priorität. Hardware, Software und Verarbeitungsprozesse müssen "state of the art" sein, das heißt, höchsten aktuellen Standards entsprechen. Dieser Aspekt muss bei der Auswahl der verwendeten Hardware und Software und eines Dienstleisters, der diese Services für die Verwaltung einrichtet, ausschlaggebend sein.

Einführung von Online-Terminen für Behördengänge

In Zukunft soll es möglich sein, Termine beim Bürgerbüro und anderen Verwaltungsstellen online zu vereinbaren. So können Wartezeiten drastisch verkürzt werden und die Verwaltung kann den Einsatz ihres Personals besser planen.

Open Data

Wir setzen auf das "Open Data"-Paradigma für eine Verwaltung der Zukunft. Dabei werden möglichst alle anfallenden Daten zunächst datenschutzrechtlich aufgearbeitet und dann öffentlich bereitgestellt. Das schafft Transparenz und ermöglicht Partizipation. Neben den Bürger*innen können Wirtschaft und Wissenschaft die Daten zur Forschung und Produktentwicklung nutzen. Innerhalb der Behörden selbst werden Kosten gespart, da durch Open-Data-Portale die Erhebung gleicher oder ähnlicher Datensätze vermieden wird. Die Bereitstellung der Daten soll auch alle städtischen Töchter betreffen.

5.5 Datenschutz und Videoüberwachung

Der Schutz persönlicher Daten der Bürger*innen ist für uns Grüne ein wichtiges Thema. In Zeiten, in denen Daten als das neue Gold gehandelt werden, muss Datenschutz auch konsequent umgesetzt werden. Die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) setzt hierfür eigentlich gute Maßstäbe – jedoch wurden Informations- und Beratungsangebote dazu in Bayern vernachlässigt.

Projekte:

Reduzierung der bestehenden Videoüberwachung

Wir fordern eine Überprüfung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Bestehende Überwachung wird auf den bisherigen Nutzen hin überprüft und auf ein Minimum reduziert. Neue Überwachung wird nur in begründeten Ausnahmefällen zugelassen. Automatisierte Gesichtserkennung und andere intelligente Videoüberwachungssysteme lehnen wir grundsätzlich ab.